



„Klare Regeln für MVZ“

Christine Aschenberg-Dugnus über die gesundheitspolitische Agenda der FDP

Wie steht es um das deutsche Gesundheitswesen? Welche Entscheidungen müssen in der kommenden Legislaturperiode getroffen werden? Im Vorfeld der Bundestagswahl am 26. September 2021 stellten wir den gesundheitspolitischen Sprechern aller derzeit im Parlament vertretenen Fraktionen die gleichen Fragen. Wir beenden diese Interviewreihe mit Christine Aschenberg-Dugnus von der FDP.

BZB: Selbstverwaltung, Freiberuflichkeit und Therapiefreiheit – welchen Stellenwert haben diese Begriffe für Ihre Partei?

Aschenberg-Dugnus: Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die Freien Berufe im Gesundheitswesen gestärkt werden. Niedergelassene Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker, Heilmittelerbringer sowie Hebammen und Geburtshelfer müssen in medizinischen Fragen autonom und frei von Weisungen Dritter entscheiden können. Denn die Therapiefreiheit der Behandlung ohne Budgetierungszwang kommt den Patientinnen und Patienten zugute. Freiheit und Verantwortung sind die Basis der Vertrauensbeziehung zwischen Arzt und Patient. Die Pandemie hat nicht nur die Schwächen, sondern auch die Stärken unseres Gesundheitssystems aufgezeigt: Diese liegen ganz klar in der Freiberuflichkeit. Obwohl in der öffentlichen Wahrnehmung immer die Kliniken im Vordergrund stehen, wurden in der Pandemie sechs von sieben Covid-19-Patienten ambulant behandelt. Die wahren

Helden der Pandemie sind also die niedergelassenen Gesundheitsakteure mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das muss man immer wieder betonen.“

BZB: Inhaber von Zahnarztpraxen sehen sich noch immer mit einer Fülle von bürokratischen Vorschriften konfrontiert. Wo gibt es nach Ihrer Meinung Abbaupotenzial?

Aschenberg-Dugnus: Der Bürokratieabbau im Gesundheitswesen ist ein sehr wichtiges politisches Ziel. Aus einer Vielzahl von Gesprächen mit Akteuren im Gesundheitswesen weiß ich, dass die Bürokratie zu einer großen Arbeitsbelastung führt. Deswegen fordern wir eine „Bepreisung“ von Bürokratie- und Berichtspflichten. Bezahlen soll sie künftig die Person, die sie anfordert. Das schärft nicht nur den Fokus auf die Behandlung von Patientinnen sowie Patienten, sondern verhindert auch im Gegenzug kleinteilige Gesetze und Verordnungen. Seit Jahren klagen sämtliche Akteure im Gesundheitswesen über zunehmende bürokratische Auflagen, die nicht zu einer Verbesserung der Versorgung führen. Das Gegenteil ist der Fall: Es bleibt weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten. Deswegen ist es eine unserer dringlichsten Aufgaben, die Bürokratiepflichten nur auf das absolut Notwendige zu reduzieren. Diese wertvolle Zeit muss den Ärzten und Praxisangestellten wieder für die Behandlung von Patienten zur Verfügung stehen. Denn genau dafür haben sie ihren Beruf erlernt.“

BZB: Während die Praxiskosten von Jahr zu Jahr steigen, stagniert der

GOZ-Punktwert seit 1988. Wann können Zahnärzte mit einer Anhebung rechnen?

Aschenberg-Dugnus: Wir sind der Auffassung, dass wir eine zeitgemäße und moderne Honorarordnung benötigen, welche die zahnärztlichen Leistungen sachgerecht abbildet und angemessen vergütet. Wir werden deshalb Vorschläge der Ärzteschaft und der Kostenträgerseite für ein modernes Vergütungssystem prüfen.

BZB: Die Corona-Krise hat das Gesundheitssystem vor eine harte Belastungsprobe gestellt. Welche Lehren muss die Gesundheitspolitik aus der Coronapandemie ziehen?

Aschenberg-Dugnus: Die Pandemie hat gezeigt, dass wir auf eine solche Situation nicht gut vorbereitet waren. So fehlte es – wie bei allen Akteuren im Gesundheitswesen – massiv an Schutzkleidung und Schutzausrüstung. Der Mangel und die hohe Nachfrage haben auf dem Weltmarkt schließlich zu einer Explosion der Preise geführt. Dies verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass wir die Produktion, auch für Arzneimittel, nach Deutschland und Europa zurückholen. Wir haben einen entsprechenden Antrag (s. BT-Drs. 19/18931) in den Deutschen Bundestag eingebracht, in dem wir die Bundesregierung aufgefordert haben, genau das zu tun. Eine weitere Baustelle, die die Pandemie verdeutlicht hat, ist nach wie vor die Digitalisierung. Wir können uns nicht länger gegen sie und somit auch gegen den Fortschritt verschließen. Vielmehr müssen wir daran arbeiten, dass wir alle Akteure gemeinsam

an einen Tisch setzen, um den größten Nutzen aus der Digitalisierung zu ziehen.

BZB: Dual oder einheitlich – wie sieht für Ihre Partei das Krankenversicherungssystem der Zukunft aus?

Aschenberg-Dugnus: Wir Freie Demokraten stehen für ein solidarisches und duales Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit der Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt gewährleistet ist. Dazu gehört neben einer starken privaten auch eine freiheitliche gesetzliche Krankenversicherung. Diese soll Versicherten- und Patienteninteressen in den Mittelpunkt rücken und Möglichkeiten bieten, aus verschiedenen Modellen zu wählen. Eine Bürgerversicherung lehnen wir ab.

BZB: Bei den Zahnärzten sorgte die Covid-19-Schutzverordnung für Frust und Enttäuschung. Anders als Ärzte und Krankenhäuser erhalten sie keine echten Liquiditätshilfen, sondern nur Darlehen. Sehen Sie eine Möglichkeit, hier nachzubessern?

Aschenberg-Dugnus: Die Enttäuschung der Zahnärztinnen und Zahnärzte ist verständlich. Auch sie haben während dieser Krise tatkräftig angepackt. Es ist klar, dass zwischen den verschiedenen Fachrichtungen eine unterschiedliche Belastung und Nachfrage bestand. Aber trotzdem sollten bei den Liquiditätshilfen nicht so gravierende Unterschiede gemacht werden. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat bereits am 21. April 2020 gefordert, dass Ärzte, Heilmittelerbringer, Zahnärzte und Hebammen während der Coronakrise gleichbehandelt werden müssen (s. BT-Drs. 19/18675). Es war für uns nicht nachvollziehbar, dass die Akteure hier ungleich behandelt werden.

BZB: Fremdkapitalfinanzierte MVZ sind trotz der Begrenzung der Marktanteile im TSVG auf dem Vormarsch. Sie konzentrieren sich auf die städtischen Ballungsräume. Braucht es hier weitere Regelungen wie z.B. eine Gründungsbefugnis ausschließlich für Zahnärzte?



„Wir Freie Demokraten stehen für ein solidarisches und duales Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit der Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt gewährleistet ist“, sagt Christine Aschenberg-Dugnus, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion.

Aschenberg-Dugnus: Generell setzen wir Freie Demokraten uns für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung ein. Diese wird von den freiberuflich tätigen Ärztinnen und Ärzten sowie Zahnärztinnen und Zahnärzten deshalb besonders patientenorientiert erbracht, weil sie die Therapieentscheidungen allein auf medizinischer Grundlage treffen. An diesem Prinzip wollen wir auch in Zukunft festhalten. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) können zur Verbesserung der Versorgung beitragen. Es bedarf jedoch klarer Regeln, die sicherstellen, dass die dort tätigen Ärzte bzw. Zahnärzte in medizinischen Fragen weisungsfrei handeln dürfen. Auch müssen die Wettbewerbsbedingungen zwischen niedergelassenen (Zahn-) Ärzten und MVZ fair gestaltet sein.

BZB: Die elektronische Patientenakte macht in der Zahnmedizin wenig Sinn. Zahnärzte arbeiten selten interdisziplinär. Welche Vorteile haben Zahnarztpraxen von der Anbindung an die Telematik-Infrastruktur?

Aschenberg-Dugnus: Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen durch klare und transparente Rahmenbedingungen

voranbringen. Dazu benötigen wir offene Standards, Interoperabilität und Datensicherheit. Die Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren sowie Patientinnen und Patienten muss digital ausgestaltet sein. Nur so ist eine schnelle Verfügbarkeit der Patientinnen- und Patientendaten sicherzustellen. Die Digitalisierung ist kein Wert an sich, sondern sie hat das Potenzial den Arbeitsalltag von allen Gesundheitsakteuren zu erleichtern. Wir Freie Demokraten stehen für Innovationen. In der Telematik-Infrastruktur begrüßen wir Überlegungen zum besseren Datenschutz und die mobile Nutzbarkeit.

BZB: Halten Sie es für richtig, dass man Praxen, die sich nicht an die TI anbinden wollen, durch Honorarabzüge „bestraft“?

Aschenberg-Dugnus: Ich hätte nicht auf Honorarabzüge, sondern auf Anreize gesetzt. So dass diejenigen, die sich früh an die TI anbinden, gefördert werden. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass wir so mehr erreicht hätten. Andere Länder können es ja auch - aber wir verkomplizieren immer alles. Ich bin eine Freundin von Pilot- und Modellprojekten. Der Vorteil ist, dass vermeintliche Kritiker hier gleich von Anfang an mit ins Boot geholt und aktiv mit eingebunden werden können. Es findet insofern von vornherein ein konstruktiver Austausch statt, was im Endeffekt zu einem besseren Ergebnis führt.

BZB: Die weitere Digitalisierung des Gesundheitswesens ist erklärtes Ziel der jetzigen Bundesregierung. In anderen Ländern kam es bereits zu schwerwiegenden Hackerangriffen. Halten Sie den Schutz hochsensibler Patientendaten für ausreichend?

Aschenberg-Dugnus: Gesundheitsdaten sind höchst sensible Daten, die in die Hand der Patientinnen und Patienten gehören. Die Datensicherheit muss an erster Stelle stehen. Dafür setzen wir uns ein. Experimente kann man sich hier nicht erlauben.

Die Fragen stellten Leo Hofmeier und Thomas A. Seehuber.